

## Leitartikel

*In der Theorie sagen alle Ja*  
Ion Karagounis 2

## Dossier «Ökologische Finanzreform»

*Innovative Branchen profitieren*  
Lucas Bretschger, Roger Ramer,  
Daniel Schiess 4

*Umweltsteuern als Innovationstreiber*  
Karin Schweiter 6

*In kleinen Schritten zur umfassenden Reform*  
Felix Wirz und Stefan Holzapfel 8

*Mission impossible?*  
Christof Dietler 10

*Höhere Energiesteuern für die EU*  
Ion Karagounis 12

*Die Pläne des Bundesrates*  
Martin Baur 14

*Energie statt Mehrwert besteuern*  
Laura Kopp 16

*Von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft*  
Christine Badertscher 18

## Standpunkte

*Was halten Sie von einer ökologischen Finanzreform?*  
Interview mit fünf Akteuren  
von Karin Scheiter 19

## Service

*Hinweise und Links zur ökologischen Finanzreform* 22

**und ausserdem** 23

**Pusch-Veranstaltungen**  
**Impressum** 24



## *In der Theorie sagen alle Ja*



Ion Karagounis,  
Geschäftsleiter  
Praktischer  
Umweltschutz  
Schweiz Pusch

Eine ökologische Finanzreform ist eine tolle Sache – zumindest in der Theorie. In der Praxis konnte sie sich bis heute nur in Ansätzen durchsetzen. Nun steht sie erneut auf der politischen Agenda. Vieles muss stimmen, damit sie in der politischen Umsetzung eine Chance hat.

Im Laufe des letzten Jahres ist ein altes umweltpolitisches Anliegen wieder auf dem politischen Radar aufgetaucht: die ökologische Finanzreform ÖFR. Verantwortlich dafür sind zwei Volksinitiativen der grünliberalen und der grünen Partei (siehe Seiten 16 und 18), die schon länger hängige Motion Studer sowie die Energiestrategie 2050, die der Bund zurzeit erarbeitet, um den Ausstieg aus der Kernenergie zu bewältigen. Innerhalb der Energiestrategie 2050 befassen sich zwei Gruppen mit den fiskalischen Fragen: Das Bundesamt für Energie BFE prüft, wie mit einer Lenkungs- oder Förderabgabe die erneuerbaren Energien gefördert werden könnten, während sich das eidgenössische Finanzdepartement EFD mit den Eckwerten einer grundsätzlichen Steuerreform befasst (siehe Seite 14). Pusch begrüsst die Initiative des Bundes.

Wissenschaftler – insbesondere auch Ökonomen – sind sich weitgehend einig: Ökologisch motivierte Steuern sind sinnvoll. Sie sind geeignet, das Marktversagen beim Umweltschutz zu korrigieren und einen Beitrag an die Schonung von Umwelt und Ressourcen zu leisten. Auch viele Politiker und Politikerinnen anerkennen grundsätzlich die Vorzüge einer ökologischen Finanzreform. Trotzdem werden in der Praxis nur zaghafte Schritte hin zu einem ökologischeren Finanzsystem unternommen; bisherige Anläufe wurden entweder verworfen (in den Volksabstimmungen im Jahr 2000) oder wichtige Kernelemente fehlen (Ausnahme der Treibstoffe von der CO<sub>2</sub>-Abgabe). Selbst wenn das Thema jetzt wieder aktuell ist – eine Garantie, dass es dieses Mal klappt, gibt es nicht.

### Die ÖFR scheitert an ihrer Wirksamkeit

Ihre Wirksamkeit wird kaum angezweifelt oder sogar betont – und genau das ist die Ursache, warum es eine ÖFR so schwer hat: Sie führt zu einer Umverteilung der Finanzströme und schafft damit viele Verlierer, die sich dagegen wehren (siehe Seite 8). Zudem handelt es sich um eine komplizierte und trockene Materie, die nur schwer zu vermitteln ist. Gegnern fällt es leicht, sie kommunikativ zu Fall zu bringen (siehe Seite 10).

Wer soll einen neuen Anlauf für eine ökologische Finanzreform vorantreiben – die Parteien, der Bund oder eine breite Koalition von Verbänden? Wie lässt sich ein solches Vorhaben breit und langfristig abstützen? Wie soll eine ÖFR vermittelt und ein kommunikativer Absturz verhindert werden? Hilfreich wäre nur schon ein eingängigerer Begriff als «ökologische Finanzreform» – wer findet ihn? Dies sind

### Blick über die Grenzen



Die Weltkugel kennzeichnet Beiträge, welche Fallbeispiele aus dem Ausland beschreiben, internationale Aspekte berücksichtigen oder globale Zusammenhänge aufzeigen.

### Service für unsere Leserinnen und Leser

Auf Seite 22 sind Kontaktadressen, Links und Publikationen zur ökologischen Finanzreform übersichtlich zusammengefasst.

die zentralen Fragen, die sich Promotoren einer ÖFR stellen müssen, wenn sie Erfolg haben wollen. Dazu sollen einzelne Beiträge in diesem Heft einen Anstoss geben.

## Grosser Wurf oder viele kleine Schritte?

Die ökologische Finanzreform gibt es nicht. Vielmehr handelt es sich um einen Prozess, der in verschiedenen Schritten das System an Abgaben, Steuern und Subventionen umbauen und umweltfreundlicher ausgestalten soll. Die gesamte Steuerbelastung soll dabei gleich bleiben. Es gibt jedoch verschiedene Wege, wie eine ÖFR angepackt werden kann: Entweder man konzentriert sich auf die wichtigen, übergreifenden Umweltziele – Ressourcen schonen, Emissionen verringern und Biodiversität erhalten – und setzt damit bei einer breit gefassten Verteuerung von Energie, Bodenverbrauch und Mobilität an (siehe Leitartikel Thema Umwelt 1/2010). Oder aber man konzentriert sich auf einzelne schädliche Umweltauswirkungen und versucht, diese mit gezielten Abgaben zu verringern (Beispiel VOC-Abgabe). Die zweite Variante erzielt eine besser nachweisbare, aber nur sehr punktuelle Wirksamkeit. Es bräuchte eine Vielzahl verschiedenster Abgaben, um die unterschiedlichen negativen Umweltauswirkungen zu bekämpfen. Der Vollzug dürfte damit äusserst aufwändig ausfallen. Die Konzentration auf wichtige Umweltziele dagegen wirkt breit, damit aber auch undifferenzierter. Ihre Wirksamkeit ist schwieriger zu belegen und negative Begleiterscheinungen sind schwieriger zu eliminieren. Dafür kann man sich auf wenige Leitgrössen be-



Eine umfassende ökologische Finanzreform sollte nicht nur den Energieverbrauch, sondern auch den Bodenverbrauch und die Mobilität umfassen.

schränken, was die Umsetzung und den administrativen Vollzug vereinfacht.

Im Sinne einer langfristigen Zielsetzung und eines Bekenntnisses zu einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen und Umwelt ist Pusch der Meinung, dass im Rahmen einer ökologischen Finanzreform die wesentlichen grossen Treiber Energie, Bodenverbrauch und Mobilität steuerlich stärker erfasst werden sollen.

## Umweltabgaben von 2 auf 4 Prozent steigern

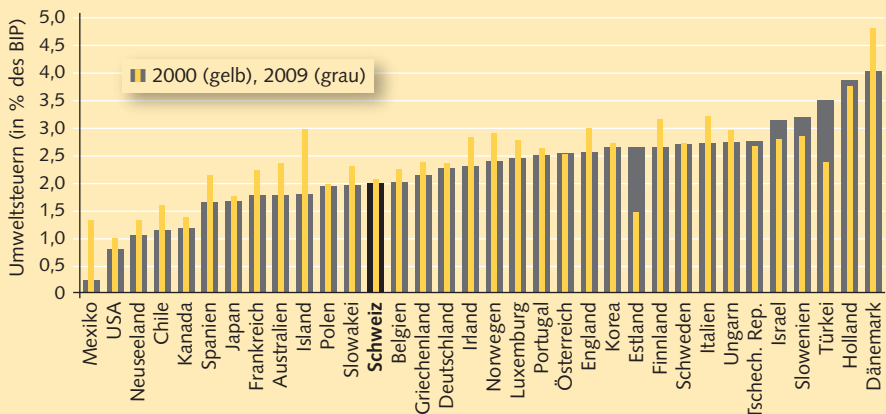
Selbst wenn es sich bei der ökologischen Finanzreform um ein Generationenprojekt handelt, sollte die Politik bereits heute Ziele setzen – Ziele bezüglich der tolerierbaren

Umweltbelastungen (siehe Leitartikel «Thema Umwelt» 1/2010) und Ziele bezüglich des Steuersystems. So sollte sie definieren, wie hoch Umweltsteuern in Relation zum Bruttoinlandprodukt BIP\* ausfallen sollen. Heute liegen die Umweltsteuern in der Schweiz bei rund 2 Prozent des BIP. Damit liegt sie im Mittelfeld aller OECD-Staaten (siehe Grafik). Am unteren Ende bewegen sich die Vereinigten Staaten von Amerika (knapp 1%), am oberen Dänemark (4%). Als Zwischenziel schlägt Pusch deshalb vor, dass die Schweiz bis ins Jahr 2025 zu Dänemark aufschliessen und somit die umweltbezogenen Steuern verdoppeln soll. Dies würde bereits einer beträchtlichen Umlagerung im Steuersystem entsprechen; der Anteil an Einnahmen durch Umweltsteuern würde von heute rund 6 auf 12 Prozent des gesamten Steueraufkommens steigen. Diese zusätzlichen Belastungen wären selbstverständlich durch Entlastungen bei Einkommen, Arbeit oder Konsum zu verringern.

Der Zeithorizont 2025 für die nächsten wenigen Prozente mag lange erscheinen – wenn man aber bedenkt, dass bereits im 3. Jahrtausend vor Christus in Ägypten die ersten Steuern erhoben wurden, so darf man die erst wenige Jahrzehnte alte Debatte und die teilweise bereits erfolgte Einführung von Umweltsteuern durchaus als Erfolg sehen.

\* Die OECD empfiehlt für internationale Vergleiche auf das BIP abzustellen und nicht auf das Steueraufkommen eines Staates, weil sich die verschiedenen Steuersysteme nur schwer miteinander vergleichen lassen.

Einnahmen durch Umweltsteuern im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt



In vielen OECD-Ländern sind die Einnahmen aus Umweltsteuern relativ zum Bruttoinlandprodukt im letzten Jahrzehnt gesunken.